



## Dokumentation

### **Gemeinsam die Zukunft gestalten: Politische Prioritäten für alternde Gesellschaften in der UN-Wirtschaftskommission für Europa**

Teil der Reihe „Eine engagierte Zivilgesellschaft als Motor für eine altersfreundliche Gesellschaft: ein internationaler Austausch“

**Dienstag, 2. Dezember 2025, online**

**Moderation: Ina Voelcker**

### **Bevorstehende Möglichkeiten für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Prozessen der Vereinten Nationen (UN)**

Welche Politikbereiche und Themen wurden bei den regionalen Bemühungen zum Aufbau einer Gesellschaft für alle Altersgruppen möglicherweise übersehen oder unzureichend behandelt? Diese Frage beschäftigt die Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (United Nations Economic Commission for Europe, UNECE) im Rahmen der Überarbeitung der Regionalen Implementierungsstrategie (Regional Implementation Strategy, RIS) des Zweiten Weltaltenplans (Madrid International Plan of Action on Ageing, MIPAA) von 2002. Die überarbeitete Strategie soll als Leitfaden für die künftige Alterspolitik in der Region mit ihren 56 Mitgliedstaaten dienen.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Dr. Heidrun Mollenkopf im Namen von AGE Platform Europe, der BAGSO und als Vertreterin der Zivilgesellschaft in der Ständigen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns (Standing Working Group on Ageing, SWGA) der UNECE. In ihrer Einleitung verwies sie auf den Ursprung dieser Veranstaltungsreihe: die Ministererklärung der UNECE, die 2022 in Rom zum Abschluss des vierten Überprüfungs- und Bewertungsprozesses des Zweiten Weltaltenplans verabschiedet wurde.

Angesichts der tiefgreifenden sozialen Veränderungen, die in den 20 Jahren seit der Verabschiedung der Regionalen Implementierungsstrategie des Zweiten Weltaltenplan im Jahr 2002 stattgefunden haben, wurde die SWGA 2022 mit der Aktualisierung der RIS

beauftragt, um neuen Herausforderungen zu begegnen.<sup>1</sup> Ein wesentlicher Bestandteil dieses Mandats war die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in einen partizipativen Prozess. Nationale Konsultationen mit Teilnehmenden aller Altersgruppen aus Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, Regierungen und anderen Interessengruppen sind nun abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden ausgewertet und in einem Bericht zusammengefasst. (Siehe S. 5)

Dr. Mollenkopf verwies auch auf die neue offene zwischenstaatliche Arbeitsgruppe (Intergovernmental Working Group, IGWG), die durch die im April 2025 verabschiedete Resolution 58/13 des UN-Menschenrechtsrats ins Leben gerufen wurde und einen wichtigen Schritt in Richtung eines internationalen Abkommens zum Schutz der Rechte älterer Menschen darstellt. Die IGWG hat den Auftrag, den Text dieses Abkommens zu entwerfen.<sup>2</sup> Laut Dr. Mollenkopf ist diese Entwicklung hin zu einer UN-Altenrechtskonvention, die parallel zu den Bemühungen der UNECE um die Festlegung politischer Leitlinien stattfindet, von größter Bedeutung. Sie betonte, dass diese beiden Prozesse sich sinnvoll ergänzen müssen und dass auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft in diesem wichtigen Gremium sichergestellt werden muss.

Abschließend dankte Dr. Mollenkopf dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) für die kontinuierliche Unterstützung der Veranstaltungsreihe „Eine engagierte Zivilgesellschaft als Motor für eine altersfreundliche Gesellschaft: ein internationaler Austausch“, die die BAGSO gemeinsam mit seinen Partnern organisiert.

Lisa Warth, Leiterin des Bevölkerungsreferats der UNECE, begrüßte die Teilnehmenden sowie Referentinnen und Referenten. Sie berichtete über die 18. Jahrestagung der SWGA, die im November in Genf stattfand<sup>3</sup> und hob drei Möglichkeiten für ein Engagement der Zivilgesellschaft in den Jahren 2026 und 2027 hervor.

1. Die Entwicklung der RIS, die nun einen wichtigen Meilenstein erreicht hat. Die SWGA einigte sich auf den Entwurf für die neue Strategie, sodass eine Arbeitsgruppe der SWGA nun mit der Ausarbeitung beginnen kann. Der Entwurf basiert auf den Ergebnissen der nationalen Stakeholder-Befragungen, die in diesem Jahr in 18

---

<sup>1</sup> Absatz 47 der Ministererklärung von Rom 2022 „beauftragt die Ständige Arbeitsgruppe für Fragen des Alterns mit der Aktualisierung der RIS und der Prüfung der Möglichkeit, auch die MIPAA zu aktualisieren, um die politischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Altern an den wirtschaftlichen, sozialen und digitalen Wandel sowie an neue Herausforderungen anzupassen und weitere Instrumente zu ihrer Unterstützung zu entwickeln.“

<sup>2</sup> Sie wird zweimal jährlich zusammentreten. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Vereinten Nationen: <https://indico.un.org/category/101428/>

<sup>3</sup> Weitere Informationen finden Sie auf der Website: <https://unece.org/population/events/SWGA18>

Ländern der UNECE-Region unter Beteiligung einer Vielzahl unterschiedlicher Interessengruppen durchgeführt wurden. (Siehe S. 5)

2. Der fünfte Überprüfungs- und Bewertungszyklus des Zweiten Weltaltenplans. Im Jahr 2026 werden die UNECE-Mitgliedstaaten nationale Fortschrittsberichte über die Umsetzung des Aktionsplans und seiner Regionalen Implementierungsstrategie erstellen. Diese nationalen Berichte bieten eine wichtige Gelegenheit für die Einbindung der Zivilgesellschaft und anderer Interessengruppen im Bereich des Alterns. Sie sind ein wichtiger Beitrag für die Vereinten Nationen, um die erzielten Fortschritte zu bewerten und die wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft zu identifizieren. Frau Warth rief Organisationen der Zivilgesellschaft auf, sich aktiv an den nationalen Überprüfungen der Umsetzung des Zweiten Weltaltenplans zu beteiligen.
3. Die Vorbereitungen für die Ministerkonferenz zum Altern 2027, die in Deutschland stattfinden wird. Der Konferenz geht ein gemeinsames Forum der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft voraus. Sie wird die regionale Überprüfung des Zweiten Weltaltenplans abschließen und die neue RIS verabschieden. Wie bei früheren Konferenzen wird den Ministerinnen und Ministern während der Konferenz eine gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft vorgestellt. (Siehe S. 9)

Frau Warth schloss mit einem Hinweis auf den Beitrag der Zivilgesellschaft zu allen drei Prozessen und die Bedeutung der Austauschplattform, die durch diese Online-Veranstaltungsreihe geschaffen wurde, die die BAGSO mit AGE Platform Europe und dem NGO Committee on Ageing in Genf mit Unterstützung der deutschen Regierung organisiert.

### **Bevölkerungsalterung: Herausforderungen und Chancen für Wirtschaft, Sozial- und Gesundheitssysteme in der UN-Wirtschaftskommission für Europa**

Dr. Daniela Vono de Vilhena, stellvertretende Geschäftsführerin von Population Europe, einem Netzwerk von 42 Demografie-Instituten aus ganz Europa, stellte einige Forschungsergebnisse des Netzwerks vor, das größtenteils von der Europäischen Union finanziert wird. In ihrem Vortrag verwies sie auf einen aktuellen Artikel einer der derzeit renommiertesten Demografinnen, Dr. Anne Goujon, mit dem Titel „Die demografische Zukunft, die wir nicht kennen“.<sup>4</sup> In diesem Artikel stellt Dr. Goujon die These auf, dass „die zukünftigen Sterblichkeitstrends ebenso ungewiss sind. Einige Forscher erwarten aufgrund der medizinischen Fortschritte einen weiteren Anstieg der Lebenserwartung, während andere die jüngste Stagnation oder Umkehrung dieses Trends in reichen Ländern als Anzeichen für eine mögliche globale Stagnation der Lebenserwartung sehen.“ Obwohl

---

<sup>4</sup> Zugriff auf das vollständige Dokument unter: <https://www.science.org/doi/10.1126/science.aed1652>

bekannt ist, dass wir länger und gesünder leben, ist die Frage nach dem „wie weit“ unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach wie vor umstritten.

Basierend auf Daten der Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen für 2024, hinterfragte Dr. Vono, dass die Bevölkerungsalterung häufig als demografische Tragödie dargestellt wird. Zwar wird der Anteil der älteren Generationen zunehmen, doch wird dieser Anstieg nicht enorm sein. Laut Daten von Eurostat wird die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter im EU-27-Durchschnitt von 2019 bis 2050 um 10 Prozentpunkte zunehmen. Dies kann als Tatsache angesehen werden, da die Menschen, die 2050 65 Jahre und älter sein werden, bereits geboren sind. Die größten Veränderungen werden in den süd- und osteuropäischen Ländern zu verzeichnen sein.

Dr. Vono wies außerdem auf die Auswirkungen der Migration hin und zitierte dabei einen kürzlich veröffentlichten Artikel von Csaba G. Tóth aus Ungarn.<sup>5</sup> Länder wie Lettland, Bulgarien, Litauen, Kroatien, Rumänien und Estland sind besonders stark von den Folgen der negativen Nettozuwanderung betroffen. Dies sollte man im Auge behalten, da dieser Bevölkerungsrückgang Auswirkungen auf die Pflegeinfrastruktur in diesen Ländern hat.

Dr. Vono präsentierte auch einige Daten zum Altenquotient, der sich innerhalb von 50 Jahren voraussichtlich verdoppeln wird. Ihrer Meinung nach ist dies ein einfacher Indikator, um den Menschen verständlich zu machen, dass Maßnahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels erforderlich sind. Demografinnen und Demografen stellen jedoch den Wert dieses Indikators in Frage, da er gesellschaftliche Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen nicht berücksichtigt und feste Altersangaben als Referenz heranzieht. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde das Konstrukt kritisiert, da es nicht die Realität widerspiegelt, in der viele ältere Menschen weiterhin einen Beitrag leisten.

Anhand einer Karte von Deutschland erklärte Dr. Vono, warum Demografinnen und Demografen detailliertere Daten einfordern – Daten, die eine Analyse über die nationale Ebene hinaus ermöglichen. Betrachtet man die Daten der verschiedenen Regionen in Deutschland, wird deutlich, dass der Bevölkerungsrückgang nicht überall im Land gleich stark ist. Das Gleiche gilt für den Altenquotient, der zwischen den Regionen stark variiert. Diese Daten zeigen, dass es Orte gibt, die aufgrund ihres Bevölkerungsrückgangs und ihrer hohen Altenquotienten besonders gefährdet sind.

---

<sup>5</sup> Zugriff auf das vollständige Dokument unter: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/padr.70029>

Zur Untermauerung ihrer Forderung nach lokalen Daten verwies Dr. Vono auf ein neues Visualisierungstool namens Mapineq Link<sup>6</sup>. Es bildet eine Vielzahl von Indikatoren ab, die über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) und EUROSTAT für verschiedene geografische Ebenen verfügbar sind. Überraschenderweise gibt es laut Dr. Vono auf lokaler Ebene in der EU nicht viele Daten. Es werden bessere Daten benötigt, um besser über die Situation informiert zu sein. Es gibt genügend Belege dafür, dass die Bedürfnisse von Ort zu Ort unterschiedlich sind, so Dr. Vono. Abschließend betonte sie, mit Bezug auf eine Forderung des Regionalbüros für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Nützlichkeit lokaler Daten.

### **Wichtige Themen und zukünftige Herausforderungen: Aktualisierung der regionalen Implementierungsstrategie (RIS) des Zweiten Weltaltenplans (MIPAA)**

Pietro Checcucci, Vorsitzender der Taskforce zur Aktualisierung von MIPAA/RIS und Forscher am Nationalen Institut für öffentliche Politikanalyse in Italien, berichtete über den aktuellen Stand der Arbeit der Taskforce. Er wies darauf hin, dass zum Zeitpunkt der Verabschiedung von MIPAA/RIS im Jahr 2002 das Internet noch sehr langsam war und es noch keine Smartphones gab. Außerdem war die Zeit seit der Verabschiedung von MIPAA/RIS eine Phase relativer wirtschaftlicher Schwäche. Zwei Jahrzehnte später sind das Internet und künstliche Intelligenz (KI) Teil unseres Lebens. Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger und der Anteil älterer Menschen steigt, da die sogenannte „Babyboomer“-Generation das Rentenalter erreicht. Darüber hinaus sind die Gesellschaften zunehmend Klimakrisen, Pandemien und bewaffneten Konflikten ausgesetzt.

Herr Checcucci erinnerte die Teilnehmenden daran, dass die UNECE-Ministerkonferenz 2022 vor diesem Hintergrund mit dem Beschluss endete, die RIS zu aktualisieren. Die zu diesem Zweck eingerichtete Taskforce hat die Aufgabe, relevante Themen und Grundsätze zu überprüfen, eine Gesamtstruktur sowie Schlüsselemente zu definieren und sechs Hauptziele zu identifizieren. Um relevante Themen, einschließlich neuer und aufkommender Themen, zu identifizieren, wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Stakeholder-Konsultationen durchzuführen. Ziel dieser Konsultationen war es, über die Entwicklung der neuen RIS zu informieren, die Perspektiven verschiedener

---

<sup>6</sup> Mapineq Link stellt laut seiner Website „eine einzigartige, frei zugängliche Datenbank zu Ungleichheiten zusammen, kuratiert und verbreitet diese und bietet damit eine zentrale Anlaufstelle für verschiedene Arten von Daten mit unterschiedlicher geografischer Auflösung. Dazu gehören Maßnahmen wie institutionelle und sozioökonomische Strategien, physische Umwelt, unkonventionelle kommerzielle Quellen, soziodemografische Maßnahmen sowie Gesundheits- und Lebensstilindikatoren.“ <https://www.mapineq.org/>

Interessengruppen einzubeziehen, vorrangige Bereiche und Maßnahmen für politische Entscheidungstragende zu ermitteln und schließlich Themen mit begrenzter Sichtbarkeit zu identifizieren.

Dazu wurden zwei Arten von Aktivitäten durchgeführt. Die nationalen Stakeholder-Konsultationen umfassten Umfragen, Diskussionsrunden, Interviews, Fokusgruppen und die Auswertung von Dokumenten. Darüber hinaus führte die UNECE eine Umfrage unter wichtigen Stakeholdern durch, darunter die nationalen Kontaktstellen zu Fragen des Alterns der SWGA sowie Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Insgesamt erhielt die UNECE die Ergebnisse von 18 Ländern. Die Ergebnisse zeigen, dass die wichtigsten Themen, gemessen an der Anzahl der Länder, die ein Thema gemeldet haben, folgende sind:

- Gesundheit und Langzeitpflege,
- Wohlbefinden und unabhängiges Leben,
- Beziehungen zwischen den Generationen,
- Arbeit und Teilhabe,
- Digitalisierung.

Dies sind auch die wichtigsten politischen Prioritäten, gefolgt von Sicherheit, Ageismus und Klimawandel. Die Umfrage ergab ein leicht abweichendes Bild: Die meisten Teilnehmenden nannten Ageismus als wichtigstes Thema, gefolgt von Gesundheit und Langzeitpflege, Rentensystemen, Digitalisierung und lebenslangem Lernen. Gesundheit und Langzeitpflege stehen auch bei den von den Teilnehmenden der Umfrage genannten politischen Prioritäten an erster Stelle, gefolgt von Ageismus, lebenslangem Lernen, Beziehungen zwischen den Generationen und Digitalisierung. Herr Checcucci stellte die Vermutung auf, dass Ageismus, Klimawandel und Beziehungen zwischen den Generationen so häufig genannt wurden, weil diese Themen in dem Aktionsplan und der Strategie von 2002 keine bedeutende Rolle spielen.

In Bezug auf die Gliederung der neuen RIS schlug die Taskforce vor, zum Einstieg zunächst einen Überblick über den soziopolitischen Kontext des Alterns in der Region zu geben und anschließend die grundlegenden Werte und Ansätze zu definieren, die der neuen Implementierungsstrategie zugrunde liegen und sowohl die strategischen Ziele als auch die Umsetzung leiten sollen. Die Taskforce schlug außerdem vor, einige übergreifende Themen zu behandeln, die alle strategischen Ziele und Verpflichtungen betreffen, darunter beispielsweise Ageismus, Ungleichheit und Digitalisierung, die systematisch in sechs Hauptziele integriert werden:

- Die Veränderung der Narrative zum Altern und Förderung einer Gesellschaft, die Menschen jeden Alters wertschätzt und respektiert
- Die Unterstützung des lebenslangen Lernens, von Kompetenzentwicklung und digitaler Inklusion
- Die Ermöglichung und Wertschätzung von Beteiligung und Mitwirkung während des gesamten Lebens
- Die Förderung des Wohlbefindens, von Autonomie und einem unabhängigen Leben
- Die Förderung eines gesunden Lebens und fürsorglicher Gemeinschaften
- Die Gewährleistung von Sicherheit, Schutz und finanzieller Absicherung

Der letzte Teil der neuen RIS sollte die Umsetzung und Nachverfolgung behandeln. Darin würden Mechanismen und Zuständigkeiten für die wirksame Umsetzung, Zusammenarbeit und Überwachung der RIS dargelegt.

Herr Checcucci schloss seinen Beitrag mit einer Darstellung der nächsten Schritte zur neuen RIS ab. Die Taskforce wird in Absprache mit der SWGA einen Entwurf ausarbeiten, der kürzer und fokussierter als die vorherige RIS sein soll, um Klarheit und Zugänglichkeit zu gewährleisten. Die Idee ist, dass die neue RIS einen zweigleisigen Ansatz verfolgt, der sich sowohl auf das Altern des Einzelnen als auch auf das Altern der Bevölkerung als Grundprinzip für die Organisation der Strategie konzentriert. Während die vorherige RIS nicht zeitlich begrenzt war, schlägt die Taskforce vor, einen Überprüfungstermin in die neue Strategie aufzunehmen.

Die nächste Rednerin, Nailya Verdiyeva, Leiterin der Abteilung für demografische Entwicklung im Ministerium für Arbeit und Sozialschutz der Bevölkerung der Republik Aserbaidschan, sprach über die nationale Stakeholder-Initiative, die in ihrem Land durchgeführt wurde. Frau Verdiyeva betonte, dass das Hauptziel der Initiative darin bestand, langfristig wirksame politische Maßnahmen zu entwickeln. Die Maßnahme wurde von ihrem Ministerium koordiniert und umfasste Fokusgruppendiskussionen und strukturierte Stakeholder-Treffen, sowohl persönlich als auch online. Es wurde versucht, Stakeholder aus verschiedenen Regionen des Landes einzubeziehen, nicht nur aus der Hauptstadt. In den Diskussionen und Treffen wurden die Teilnehmenden aufgefordert, neue Herausforderungen zu identifizieren sowie ihre Erwartungen für und ihre Vorstellungen von der Zukunft zu erkunden. Ziel war, die wichtigsten Bedarfe zu ermitteln.

Um eine vielfältige und inklusive Beteiligung zu gewährleisten, wurde laut Frau Verdiyeva Wert auf ein ausgewogenes Geschlechter- und Altersverhältnis gelegt. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden waren Frauen. Was die Altersstruktur betrifft, so waren 30 Prozent zwischen 18 und 54 Jahre alt. Fast 40 Prozent waren zwischen 55 und 74 Jahre alt und weitere 30 Prozent waren 75 Jahre und älter. Die Fokusgruppen setzten sich zusammen aus

älteren Menschen, darunter auch Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und Begünstigte von Nichtregierungsorganisationen, Angehörigen der Gesundheitsberufe, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, Beamtinnen und Beamten sowie politischen Entscheidungsträgern, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter und pflegenden Angehörigen. Personen aus städtischen als auch ländlichen Gebiete und aus unterschiedlichen sozioökonomischen Verhältnissen waren vertreten.

Die Stakeholder-Initiative in Aserbaidschan hat gezeigt, dass ein regelmäßiger Dialog zwischen den Behörden erforderlich ist, um einen sicheren Raum zu schaffen, in dem Herausforderungen angesprochen und aus den Erfahrungen der anderen gelernt werden kann. Die Initiative habe ein Umfeld für eine bessere und effizientere Zusammenarbeit gefördert, so Frau Verdiyeva.

Sie betonte weiter den Unterschied zwischen den erwarteten und tatsächlichen Ergebnissen. Die Mitarbeitenden der Verwaltung hatten erwartet, dass die Diskussionen von Beschwerden und Schwierigkeiten, u.a. Gesundheitsproblemen und finanziellen Sorgen, dominiert werden würden. Dies sei aufgrund der nach wie vor vorherrschenden stereotypen Vorstellungen über das Alter erwartet worden. In der Tat äußerten die älteren Menschen jedoch einen starken Wunsch, aktiv, engagiert und mit der Gemeinschaft verbunden zu bleiben.

Die folgenden Prioritäten für die Alterspolitik in Aserbaidschan wurden auf Grundlage der Stakeholder-Konsultation identifiziert: politische Integration durch die Einbeziehung des Themas des Alterns in alle Sektoren, gemeindenahe Pflege durch den Ausbau zugänglicher, hochwertiger Dienstleistungen, Solidarität zwischen den Generationen durch die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Generationen und Anpassung des Gesundheitssystems durch den Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Geriatrie, psychische Gesundheit und Freizeitangebote. Die Förderung der Teilhabe an Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur sowie Investitionen in die digitale Inklusion sind weitere Prioritäten. Abschließend wies Frau Verdiyeva darauf hin, dass diese Prioritäten zusammen einen klaren Fahrplan für das Ministerium auf dem Weg zu einer altersfreundlichen Gesellschaft bilden.

### **Gestaltung altersfreundlicher Gesellschaften: politische Prioritäten für morgen**

In Gruppendiskussionen wurden die Teilnehmenden aufgefordert, über künftige Prioritäten der Alterspolitik zu diskutieren und sich mit den Herausforderungen auseinanderzusetzen, denen sich die alternden Gesellschaften in der Region gegenübersehen. Das Potenzial älterer Menschen als wichtige Ressource für funktionierende Gesellschaften kristallisierte

sich als eines der zentralen Themen der Diskussionen heraus. Die Teilnehmenden berichteten im Plenum, dass ihrer Ansicht nach die künftige Alterspolitik den Beitrag älterer Menschen, beispielsweise als Pflegekräfte, stärker anerkennen müsse. Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Solidarität zwischen den Generationen als künftige politische Priorität hervorgehoben. Es sollte mehr Gleichberechtigung in den Gesellschaften geben, auch zwischen den Generationen, und die Nutzung des Begriffs des Generationenkonflikts sollte vermieden werden.

Weitere Themen, die in den Gruppen diskutiert wurden, betrafen die Digitalisierung, insbesondere den Einsatz neuer Technologien, künstlicher Intelligenz (KI) und Robotik, um Pflegekräfte und ältere Menschen zu Hause und in Pflegeheimen zu unterstützen. Dies scheint notwendig zu sein, da der Anteil älterer Menschen, die in Einpersonenhaushalten leben zunimmt, und die Gesellschaft zunehmend mit einem Mangel an Pflegepersonal konfrontiert sein wird. Außerdem wurde die Notwendigkeit angemessener und erschwinglicher Wohn- und Lebensbedingungen erwähnt sowie die Bedeutung, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem Zuhause und ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.

Diese in den Diskussionen identifizierten Schlüsselbereiche für Maßnahmen werden in die laufende Aktualisierung von MIPAA/RIS und die bevorstehenden Verhandlungen über eine neue UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen einfließen.

## **MIPAA+25: UNECE-Ministerkonferenz zum Altern im Jahr 2027**

Farhad Dilmaghani, Unterabteilungsleiter in der Abteilung „Generationengerechtigkeit, Jugend, Ältere Menschen“ im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dankte allen für die bisherigen Diskussionen und betonte, wie wichtig es sei, die Alterung der Bevölkerung als globales Phänomen anzuerkennen. Er kündigte an, dass Deutschland 2027 die nächste UNECE-Ministerkonferenz zum Altern mit dem Arbeitstitel „Auf dem Weg zu einer Gesellschaft für alle Altersgruppen: in Verbindung bleiben“ ausrichten wird. Dies wurde auf der letzten Sitzung der SWGA im November in Genf vereinbart. Deutschland fühlt sich geehrt, Gastgeber dieser wichtigen Konferenz zu sein, auf der die aktualisierte RIS verabschiedet werden soll, so Herr Dilmaghani.

Deutschland hat ein Konzeptpapier vorgelegt, in dem drei Themen fokussiert werden:

- 1) Risiken, Chancen und Inklusion im digitalen Zeitalter,
- 2) Generationenübergreifende Fairness und Solidarität,
- 3) Entschlossenes Handeln auf allen Regierungsebenen.

In der Diskussion über das Konzeptpapier während der Sitzung der SWGA hoben die Regierungen die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft hervor, die auch mit dem dritten Thema zusammenhängt, das horizontale und vertikale Maßnahmen auf allen Regierungsebenen erfordert. Herr Dilmaghani betonte auch die Vorkonferenz der Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Das Datum und der Ort müssen noch bestätigt werden.

## Fazit und Ausblick

Die stellvertretende Vorsitzende des NGO Committee on Ageing in Genf, Silvia Perel-Levin, die auch Mitglied der Steuerungsgruppe der Globalen Allianz für die Rechte älterer Menschen (Global Alliance for the Rights of Older People, GAROP) ist, stellte erneut den Zusammenhang zwischen dem Prozess der Aktualisierung von MIPAA/RIS und dem neuen Prozess zur Ausarbeitung einer UN-Altenrechtskonvention her, den Dr. Mollenkopf zu Beginn erwähnt hatte.

Frau Perel-Levin räumte ein, dass seit der Verabschiedung von MIPAA/RIS viel passiert ist, hob aber auch hervor, dass sich im Bereich der Menschenrechte vieles weiterentwickelt hat. Ältere Menschen werden beispielsweise zunehmend als Trägerinnen und Träger von Menschenrechten anerkannt. Dies sollte laut Frau Perel-Levin ein sehr wichtiger Schwerpunkt der neuen RIS sein. Wie Dr. Mollenkopf erwähnte, müsse eine Verbindung zwischen der RIS und der Ausarbeitung der UN-Altenrechtskonvention hergestellt werden, so Frau Perel-Levin. Im Jahr 2026 werden in Genf drei Sitzungen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe (IGWG) zu den Rechten älterer Menschen stattfinden, die durch die im April 2025 verabschiedete Resolution 58/13 des UN-Menschenrechtsrats eingerichtet wurde. Die konstituierende Sitzung dieses Gremiums wird im Februar stattfinden, während die erste und zweite Sitzung im Juli bzw. Oktober stattfinden werden. Das Gremium hat den Auftrag, den Text einer solchen Konvention zu entwerfen. Zur Vorbereitung der konstituierenden Sitzung findet am 17. Februar eine von GAROP und dem NGO Committee on Ageing in Genf organisierte Vorsitzung für die Zivilgesellschaft statt.<sup>7</sup>

Es gibt viele Gemeinsamkeiten – sowohl hinsichtlich der politischen Prioritäten als auch hinsichtlich der Menschenrechtsfragen, wie dem Recht auf Pflege, dem Recht auf lebenslanges Lernen usw. Die Frage ist, wie Politikbereiche in Menschenrechtssprache formuliert werden können, so Frau Perel-Levin. Damit haben sich die Unabhängigen Expertinnen für die Wahrnehmung aller Menschenrechte durch ältere Menschen der Vereinten Nationen in ihren Berichten befasst, die seit der Einrichtung des Mandats im Jahr 2013 veröffentlicht wurden. Die Empfehlungen dieser Berichte sollten laut Frau Perel-Levin bei der Ausarbeitung der aktualisierten RIS berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollten

---

<sup>7</sup> Die Registrierung beginnt am 2. Januar 2026: <https://indico.un.org/event/1021070/>

auch die Erkenntnisse aus Hunderten von Beiträgen an die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns (OEWG-A) in New York, die ihre Arbeit 2024 abgeschlossen hat, als Grundlage dienen. Außerdem biete die UNECE-Ministererklärung von 2022 wichtige Ansatzpunkte, in der an sieben Stellen erwähnt wird, dass die Regierungen die Menschenrechte älterer Menschen fördern, schützen und achten sollten.

Frau Perel-Levin betonte, dass wir uns bewusst sein müssen, dass die Mitgliedstaaten nach der Verabschiedung, Ratifizierung und dem Inkrafttreten einer Konvention zur Umsetzung verpflichtet sind. Je besser die neue RIS und die künftige Konvention aufeinander abgestimmt sind, desto besser sei dies für die Umsetzung. Ihrer Ansicht nach lässt sich dies am besten erreichen, indem die Zivilgesellschaft in die Entwurfsprozesse einbezogen wird. Sie hob die Bedeutung der aktiven Einbeziehung älterer Menschen und ihrer Interessensvertretungen als Verpflichtung hervor.

Im Zusammenhang mit der Arbeit an der UN-Altenrechtskonvention erwähnte Frau Perel-Levin die Arbeit von GAROP. Diese globale Koordinierungsplattform für die Menschenrechte älterer Menschen arbeitet mit ihren über 400 Mitgliedsorganisationen und anderen Interessengruppen zusammen, um sicherzustellen, dass ältere Menschen und ihre Interessensvertretungen in die Ausarbeitung der UN-Konvention einbezogen werden.

Dr. Mollenkopf schloss die Veranstaltung mit einem Hinweis auf die verschiedenen Perspektiven und Erfahrungen, die im Laufe des Austauschs zusammengeführt wurden. Die Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven auf nationaler und lokaler Ebene sei wichtig – auch im Hinblick auf den Aktualisierungsprozess der RIS sowie die bevorstehende Ausarbeitung der UN-Konvention. Sie betonte, dass die politischen Erklärungen zum Altern auf den Menschenrechten basieren und dass sich politische Erklärungen und rechtsverbindliche Instrumente ergänzen. Gesetze allein haben nur begrenzte Wirkung, wenn es keinen politischen Willen und kein politisches Programm zu ihrer Umsetzung gibt. Politische Programme allein, ohne verbindliche Gesetze zu ihrer Umsetzung, bergen jedoch das gleiche Risiko, nicht umgesetzt zu werden. Ihre Hoffnung sei, so Dr. Mollenkopf, dass wir bis 2027 beide Agenden gemeinsam vorangebracht haben werden.

Abschließend dankte sie allen, die an der Organisation der Veranstaltung beteiligt waren und zu ihrem Erfolg beigetragen haben.

## Weitere Informationen

Um über die Veranstaltungen und Aktivitäten der Ständigen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns und des Bevölkerungsreferats der UNECE auf dem Laufenden zu bleiben, tragen Sie sich bitte in diese Mailingliste ein: <https://mailchi.mp/c724ac44ab35/unece-swga-newsletter>

**Kontakt:** [unece.ageing@un.org](mailto:unece.ageing@un.org)

Wenn Sie Einladungen zu bevorstehenden Veranstaltungen dieser Reihe und weitere Informationen erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Kontaktdaten an:  
[international@bagso.de](mailto:international@bagso.de)

## In Zusammenarbeit mit



Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend